

Berliner Parteien werden progressiver, aber die AfD radikalisiert sich

Von Marcel Fratzscher

DIW aktuell

Die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 könnte die politische Landschaft Berlins stark verändern. In den jüngsten Umfragen haben vor allem die Linke und die AfD im Vergleich zu 2023 deutlich zugelegt, während CDU und SPD klar verloren haben. Für welche Positionen stehen die politischen Parteien in Berlin? Und wie haben sich ihre Positionen in den letzten 20 Jahren verändert? Eine Auswertung des Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt eine bemerkenswerte Entwicklung: Die etablierten Parteien sind in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich progressiver geworden. Besonders stark gilt dies für die SPD – im Gegensatz vor allem zur FDP, die nun deutlich konservativere Positionen vertritt. Der große Gegenpol ist die AfD. Sie vertritt in fast allen Themenbereichen, vor allem in der Gesellschafts- und Sozialpolitik, extremere Positionen. Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Positionierungen der Parteien in Berlin und auf Bundesebene, vor allem bei der CDU.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Berliner Parteienlandschaft stark gewandelt (Abbildung 1). Besonders stark haben die Stimmenanteile der SPD abgenommen: von über 30 Prozent im Jahr 2006 auf heute rund zwölf Prozent nach Umfragen. Die CDU liegt deutlich unter ihrem Ergebnis von 2023 und nahe früheren Tiefstwerten, während die Grünen im längerfristigen Vergleich relativ stabil geblieben sind. Die Linke erreicht in der jüngsten Umfrage den höchsten Wert der letzten zwei Jahrzehnte. Besonders hervorzuheben ist die Stärke der AfD: Sie liegt aktuell bei rund 18 Prozent. Alles deutet damit auf erhebliche politische Veränderungen bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl hin.

Doch nicht nur die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben, sondern auch die inhaltlichen Positionen der Parteien. Wie stark diese Veränderungen ausfallen, zeigt die vorliegende Auswertung der Wahl-O-Mat-Daten.¹ Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erfasst seit Anfang der 2000er Jahre für Bundestags-, Europa- und die meisten Landtagswahlen die politische Positionierung der Parteien. Zu 38 Thesen können die Parteien zustimmen, sie ablehnen oder neutral bleiben.

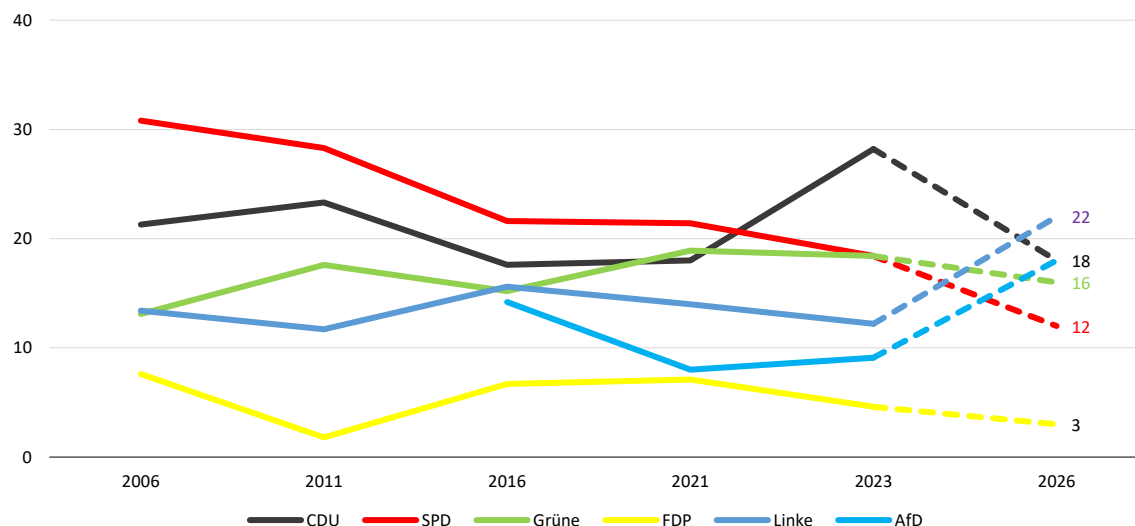
¹ Die Analyse basiert auf den veröffentlichten Wahl-O-Mat-Datensätzen der bpb und dient wissenschaftlich-journalistischen Zwecken. Sie stellt weder eine Wahlhilfe noch eine individuelle Näheberechnung dar. Die bpb ist nicht Urheberin der vorliegenden Analyse. Positive und negative Indexwerte beschreiben die festgelegte inhaltliche Richtung der jeweiligen Kategorie und enthalten keine normative Bewertung. Einzelne Thesen können mehreren Themenbereichen zugeordnet sein; Wirtschaft und Steuern werden gemeinsam ausgewiesen. Da die Wahl-O-Mat-Thesen zwischen den Wahljahren variieren, sind Zeitvergleiche als Vergleiche thematischer Profile und nicht identischer Fragestellungen zu interpretieren. Die Wiederholungswahl 2023 wird in den Zeitreihenanalysen nicht berücksichtigt.

Für Berlin liegen Wahl-O-Mat-Daten seit 2006 vor.² Die Analyse fokussiert sich auf Parteien, die seit 2006 über längere Zeit im Abgeordnetenhaus vertreten waren – CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP – sowie auf die AfD seit 2016.

Abbildung 1

Zweitstimmenanteile der Parteien bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin 2006 bis 2023 sowie aktuelle Umfragewerte für 2026

In Prozent



Anmerkungen: 2023 ist die Wiederholungswahl; 2026 ist ein Umfragewert.

Quellen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Forsa-Umfrage im Auftrag von t-online (22. August 2026).

© CC BY 4.0

Um die Positionierung greifbarer und anschaulicher zu machen, werden in der vorliegenden Analyse die 38 aktuellen Thesen in sechs Themenbereiche untergliedert, wobei einzelne Fragen auch mehr als einer Kategorie zugerechnet werden können: Wirtschaft und Steuern, Klima, Soziales, Gesellschaft, Innenpolitik sowie Europa und Internationales.

Aus den Antworten wird jeweils ein Index gebildet. Durch die sich verändernden Fragen sind die Indexwerte der Kategorien über die Zeit nicht perfekt vergleichbar; sie geben aber eine gute Einschätzung, wie sich die Parteipositionen über die Zeit verändert haben. Höhere Werte stehen beispielsweise in der Kategorie Gesellschaft für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz, bei Wirtschaft und Steuern für eine stärkere Rolle des Staates, bei Klima für mehr Klimaschutz und stärkere staatliche Vorgaben oder bei Europa und Internationales für mehr Verantwortung und für stärkere internationale Kooperation. Niedrigere Werte kennzeichnen entsprechend zurückhaltendere oder restriktivere Positionen. Ein höherer Wert kann daher als eher progressiv gesehen werden, ein niedrigerer Wert eher als konservativ, auch wenn diese Begriffe mit Vorsicht zu verwenden sind. Sie werden im Folgenden lediglich zur Beschreibung der Indexrichtung genutzt.

Die Positionierungen der Parteien unterscheiden sich 2026 in vielen Politikfeldern deutlich (Tabelle 1). Linke und Grüne vertreten in nahezu allen Themenbereichen die progressivsten Positionen. Auch die SPD weist durchweg positive Indexwerte auf. Die AfD bildet hingegen den Gegenpol und erreicht in allen sechs Kategorien negative Werte. Besonders groß sind die Unterschiede in der Gesellschafts- und Sozialpolitik. Die CDU nimmt in vielen Themenfeldern eine mittlere Position ein, während die FDP

² Die Wiederholungswahl von 2023 wird wegen ihres Sondercharakters nicht in die Analyse berücksichtigt; ihre Einbeziehung würde aber die grundlegenden Resultate dieser Analyse nicht signifikant verändern.

vor allem in der Wirtschafts-, Klima- und Sozialpolitik deutlich konservativer positioniert ist als die übrigen demokratischen Parteien.

Tabelle 1

Positionen der Parteien in Berlin, 2026

Normierte Kategorieindizes von –1 bis +1

Partei	Wirtschaft und Steuern	Klima	Soziales	Gesellschaft	Innenpolitik	Europa und Internationales
CDU	–0,30	–0,56	–0,11	+0,29	0,00	+0,50
SPD	+0,55	+0,67	+0,42	+0,86	+0,33	+0,67
Grüne	+0,75	+0,89	+0,84	+0,79	+0,50	+0,67
FDP	–0,55	–0,78	–0,53	–0,21	–0,33	–0,17
Linke	+0,80	+0,89	+0,89	+0,86	+0,58	+0,67
AfD	–0,65	–0,67	–0,84	–0,93	–0,67	–0,67

Anmerkung: Positive und negative Werte bezeichnen die festgelegte inhaltliche Orientierung der Kategorie und sind kein normatives Qualitätsurteil. Höhere Werte stehen für eher progressive Positionen, niedrigere Werte für eher konservative Positionen.

Quelle: Wahl-O-Mat Berlin 2026, bpb; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

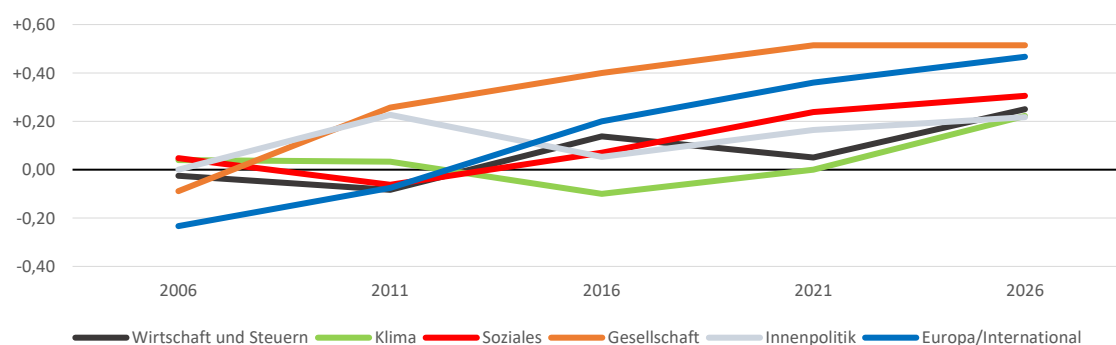
Die demokratischen Parteien Berlins sind deutlich progressiver geworden

Das vielleicht bemerkenswerteste Ergebnis ist die starke Verschiebung der Positionierung der fünf demokratischen Parteien seit 2006. Die Positionen von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linke sind im Durchschnitt deutlich progressiver geworden (Abbildung 2). Sie haben sich damit in eine stärker offene, soziale, ökologische und kooperationsorientierte Richtung entwickelt.

Abbildung 2

Durchschnittliche Position von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken in Berlin

Normierte Kategorieindizes von –1 bis +1



Anmerkungen: Positive und negative Werte bezeichnen die festgelegte inhaltliche Orientierung der jeweiligen Kategorie und sind kein normatives Qualitätsurteil. Höhere Werte stehen für eher progressive Positionen, niedrigere Werte für eher konservative Positionen. Berlin 2023 ausgeschlossen.

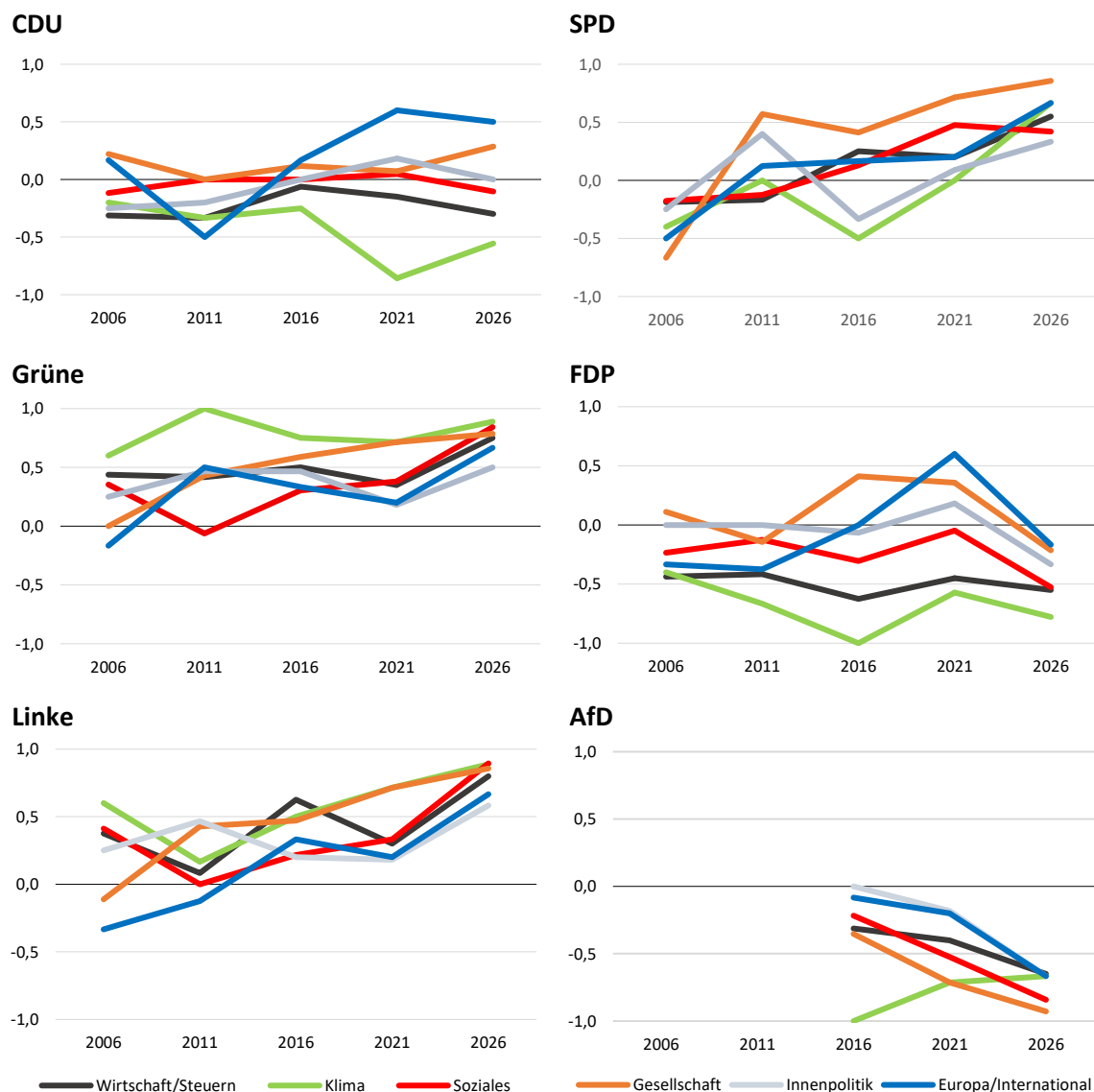
Quelle: Wahl-O-Mat-Datensätze der bpb; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Am stärksten zeigt sich dies in der Gesellschaftspolitik: Hier ist der Mittelwert von $-0,09$ auf $+0,51$ im Durchschnitt über die fünf Parteien gestiegen. Die Präferenz für Offenheit, Vielfalt und Toleranz hat im etablierten Parteienspektrum Berlins also stark zugenommen. Auch beim Thema Europa und Internationales ist der Indexwert von $-0,23$ auf $+0,47$ gestiegen und zeigt, dass die Parteien heute eine stärkere europäische und internationale Verantwortung und Kooperation befürworten als in der Vergangenheit.

Abbildung 3

Positionen der Parteien in Berlin, 2006 bis 2026

Normierte Kategorieindizes von -1 bis $+1$ 

Anmerkungen: Positive und negative Werte bezeichnen die festgelegte inhaltliche Orientierung der jeweiligen Kategorie und sind kein normatives Qualitätsurteil. Höhere Werte stehen für eher progressive Positionen, niedrigere Werte für eher konservative Positionen. Berlin 2023 ausgeschlossen.

Quelle: Wahl-O-Mat-Datensätze der bpb; eigene Berechnungen.

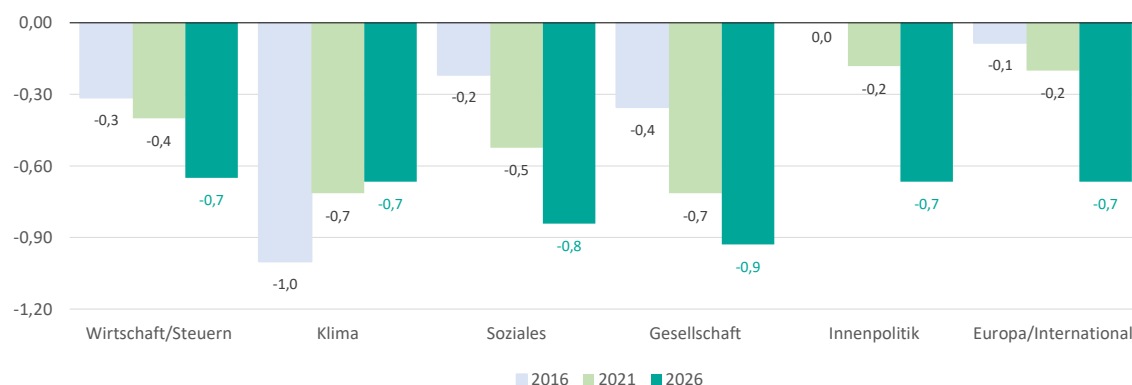
Die AfD radikalisiert sich und entfernt sich vom demokratischen Parteienspektrum

Die größten Veränderungen in die entgegengesetzte Richtung zeigt vor allem die AfD; in mehreren Themenbereichen gilt dies auch für die FDP (Abbildung 3). Das Profil der AfD ist in fast allen Kategorien seit 2016 negativer geworden (Abbildung 4). Die Partei ist in praktisch allen Themenbereichen radikaler geworden, in dem Sinne, dass sie sehr konsistent extreme Positionen einnimmt.³ Vor allem in der Sozialpolitik hat sie sich von einer noch vergleichsweise moderaten Positionierung im Jahr 2016 (Indexwert von $-0,22$) hin zu einer deutlich negativeren Position entwickelt ($-0,84$); sie lehnt also eine stärkere soziale Unterstützung und Chancengleichheit zunehmend ab. Aber auch in der Gesellschaftspolitik ist die AfD extrem geworden; der Indexwert sank innerhalb von zehn Jahren von $-0,35$ auf $-0,93$. Die Partei lehnt einen großen Teil der Maßnahmen in Bezug auf offene Gesellschaft, Wertschätzung von Vielfalt und Toleranz ab. Interessanterweise hat sich auch die FDP ein Stück weit in diese Richtung entwickelt und verfolgt nicht nur eine marktliberale Politik in Bezug auf Steuern und Wirtschaft, sondern auch einen deutlich restriktiveren Kurs bei Gesellschafts-, Klima- und Sozialpolitik.

Abbildung 4

Entwicklung der AfD-Positionen in Berlin

Normierte Kategorieindizes von -1 bis $+1$



Anmerkungen: Positive und negative Werte bezeichnen die festgelegte inhaltliche Orientierung der jeweiligen Kategorie und sind kein normatives Qualitätsurteil. Höhere Werte stehen für eher progressive Positionen, niedrigere Werte für eher konservative Positionen. Berlin 2023 ausgeschlossen.

Quelle: Wahl-O-Mat-Datensätze der bpb; eigene Berechnungen. Die Thesen sind zwischen den Jahren nicht identisch.

© CC BY 4.0

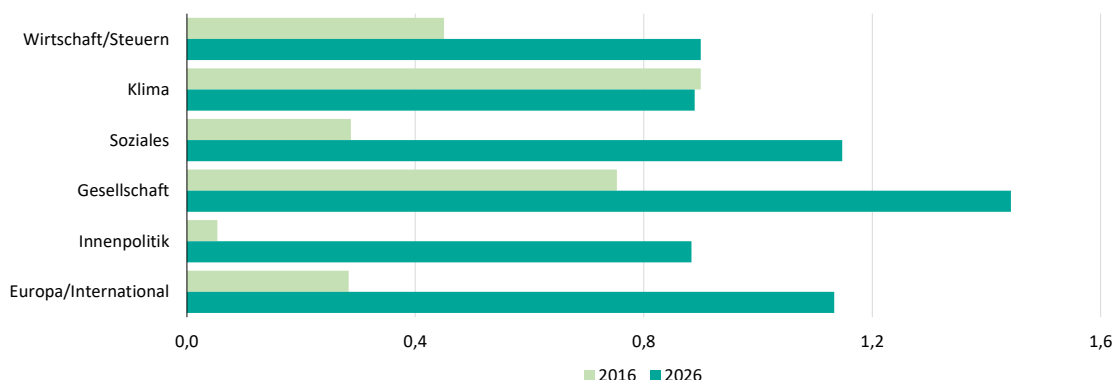
Die AfD hat sich seit 2016 auch zunehmend von den etablierten Parteien entfernt. Sie unterscheidet sich heute in fast allen Themenbereichen deutlich stärker vom Durchschnitt der demokratischen Parteien. Der Abstand der AfD zum Mittelwert von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken ist zwischen 2016 und 2026 in fünf von sechs Kategorien gewachsen (Abbildung 5). Besonders groß ist der Abstand heute bei Gesellschaft, Soziales sowie Europa und Internationales. Beim Klima ist der Abstand dagegen in etwa auf dem bereits 2016 sehr hohen Niveau geblieben.

³ Der Begriff „radikalisiert“ wird hier deskriptiv für eine Bewegung zu extremeren Indexwerten verwendet; er beinhaltet keine verfassungsrechtliche oder extremismuswissenschaftliche Klassifikation.

Abbildung 5

Programmatrischer Abstand der AfD zum Mittel der fünf etablierten Parteien in Berlin

Absolute Differenz der normierten Kategorieindizes



Anmerkungen: Der programmatische Abstand wird als absolute Differenz der normierten Kategorieindizes AfD und der durchschnittlichen Position von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken berechnet. Die zugrunde liegenden Kategorieindizes reichen von -1 bis +1; der programmatische Abstand kann daher Werte zwischen 0 und 2 annehmen.

Quelle: Wahl-O-Mat-Datensätze der bpb; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Insbesondere bei zehn aktuellen Konfliktfragen unterscheidet sich die AfD 2026 deutlich von den demokratischen Parteien (Tabelle 2). So lehnt sie die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse strikt ab, während alle anderen betrachteten Parteien dies befürworten. Auch eine stärkere öffentliche Förderung migrantischer Vereine lehnt die AfD ab. Gleiches gilt für die Unterstützung von Verbotsverfahren gegen extremistische Parteien. Die AfD ist zudem die einzige der genannten Parteien, die das Ziel der Klimaneutralität Berlins aufgeben möchte; die FDP nimmt hier eine neutrale Position ein.

Tabelle 2

Zehn aktuelle Konfliktfragen mit den größten Unterschieden zwischen der AfD und den übrigen Parteien

Wahl-O-Mat-These 2026	AfD	Andere Parteien	Abweichung
Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulunterricht thematisieren	Nein	CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke: Ja	5/5
Ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkennen	Nein	CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke: Ja	5/5
Ziel der Klimaneutralität Berlins aufgeben	Ja	CDU, SPD, Grüne, Linke: Nein; FDP: neutral	5/5
Alle Lehrkräfte zum Umgang mit Rechtsextremismus fortbilden	Nein	CDU, SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: neutral	5/5
Gebührenfreie Deutschkurse unabhängig vom Aufenthaltsstatus	Nein	CDU, SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: Nein	4/5
Migrantische Vereine stärker öffentlich fördern	Nein	CDU, SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: neutral	5/5
Verbotsverfahren gegen extremistische Parteien unterstützen	Nein	CDU, SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: neutral	5/5
Clubkultur weiterhin öffentlich fördern	Nein	CDU, SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: neutral	5/5
Mehr Gemeinschaftsschulen einrichten	Nein	CDU, SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: Nein	4/5
Mindestlohnähnliche Bezahlung in Behindertenwerkstätten	Nein	SPD, Grüne, Linke: Ja; FDP: neutral; CDU: Nein	4/5

Anmerkung: Die Spalte „Abweichung“ gibt an, von wie vielen der fünf übrigen betrachteten Parteien sich die Position der AfD unterscheidet. Neutrale Antworten werden als eigenständige Position gewertet.

Quelle: Wahl-O-Mat Berlin 2026, bpb; eigene Zusammenstellung.

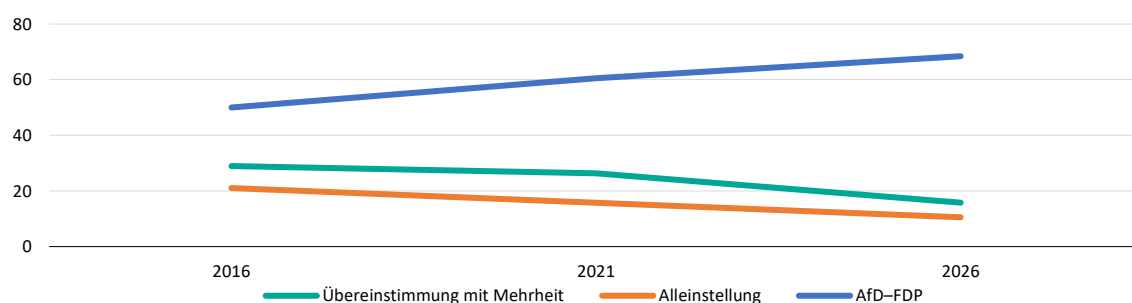
© CC BY 4.0

Interessant ist jedoch auch, dass die AfD gleichzeitig bei Einzelfragen seltener alleinsteht. Der Anteil der Thesen, bei denen sie als einzige betrachtete Partei eine Position vertritt, ist von 21 Prozent im Jahr 2016 auf zehn Prozent heute gesunken. Dies liegt vor allem auch an der stärkeren Überschneidung mit der FDP (Abbildung 6). Die FDP und in begrenztem Maße auch die CDU nehmen heute häufiger ähnliche Positionen wie die AfD ein als noch 2016. Die Übereinstimmung bei den Antworten zwischen AfD und FDP ist seit 2016 von 50 Prozent auf knapp 70 Prozent gestiegen. Zugleich stimmt die AfD seltener mit der Mehrheit der übrigen Parteien überein.

Abbildung 6

Anteil der Thesen mit Alleinstellung der AfD, Übereinstimmung mit der Mehrheit der übrigen Parteien oder Übereinstimmung mit der FDP

In Prozent



Anmerkungen: „Mehrheitsübereinstimmung“ bezeichnet den Anteil der Wahl-O-Mat-Thesen, bei denen die AfD dieselbe Position wie die Mehrheit der übrigen betrachteten Parteien (CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP) einnimmt. „Alleinstellung“ bezeichnet den Anteil der Thesen, bei denen die AfD als einzige betrachtete Partei eine Position vertritt. Neutrale Antworten werden als eigenständige Position gewertet. Berlin 2023 ausgeschlossen.

Quelle: Wahl-O-Mat-Datensätze der bpb; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Die Unterschiede zwischen Berlin und dem Bund sind erheblich

Die inhaltlichen Positionierungen der Parteien auf Landes- und Bundesebene unterscheiden sich erheblich. Ein Vergleich zwischen der Berlinwahl 2026 mit der Bundestagswahl 2025 verdeutlicht das (Abbildung 7). Dennoch ist bei der Interpretation Vorsicht geboten, da die Fragen der beiden Wahl-O-Mat-Erhebungen nicht identisch sind.

Am größten ist der Unterschied zwischen Bund und Land bei der CDU. Die Berliner CDU ist im Vergleich zur Bundespartei vor allem bei Gesellschaft, Soziales, Innenpolitik sowie Europa und Internationales deutlich progressiver. Die Berliner CDU unterstützt beispielsweise gebührenfreie Deutschkurse, die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Schulunterricht, Fortbildungen gegen Rechtsextremismus und Verbotungsverfahren gegen extremistische Parteien. Im Gegensatz dazu befürwortete die Bundespartei im Bundestagswahlkampf 2025 unter anderem die Zurückweisung von Asylsuchenden und lehnte eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft ab.

Ähnlich deutlich, aber in eine andere Richtung, ist der Unterschied bei der Berliner FDP: Sie ist bei gesellschafts- und innenpolitischen Themen zum Teil konservativer positioniert als die Bundespartei. So hat die FDP auf Bundesebene 2025 die grundsätzliche Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft und die Anwerbung ausländischer Fachkräfte unterstützt. Die Berliner FDP dagegen ist gegen weitere Gemeinschaftsschulen, gegen eine hohe Quote von Sozialwohnungen und für das Verbot religiöser Symbole in Justiz und Polizei.

Abbildung 7

Abweichungen der Berliner Landesparteien von ihren Bundesparteien

Differenz der normierten Kategorieindizes

Partei	Wirtschaft/ Steuern	Klima	Soziales	Gesellschaft	Innenpolitik	Europa/ International
CDU	-0,04	-0,06	+0,47	+0,54	+0,43	+0,61
SPD	-0,28	-0,33	+0,14	+0,19	-0,24	-0,11
Grüne	-0,03	-0,11	+0,34	+0,20	-0,14	-0,11
FDP	+0,06	-0,03	-0,10	-0,46	-0,33	-0,39
Linke	-0,11	-0,11	+0,11	+0,19	-0,06	+0,22
AfD	+0,18	+0,33	-0,13	-0,43	-0,02	+0,00

Anmerkungen: Verglichen werden die Positionen zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2026 und zur Bundestagswahl 2025. Positive Werte bedeuten eine positivere Position der Berliner Landespartei im jeweiligen Themenbereich, negative Werte eine negativere Position. Blau kennzeichnet negativere, Rot positivere Positionen der Berliner Landesparteien im Vergleich zu ihren Bundesparteien. Die Werte beschreiben Unterschiede in den thematischen Profilen und stellen keinen direkten Vergleich identischer Wahl-O-Mat-Thesen dar. Berlin und Bund verwenden unterschiedliche Thesen.

Quelle: Wahl-O-Mat-Datensätze der bpb; eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Auch SPD, Grüne und Linke weichen zum Teil deutlich von ihren Bundesparteien ab, wenn auch weniger stark. Vor allem die Berliner Grünen verfolgen in einzelnen Bereichen, etwa bei Soziales und Gesellschaft, progressivere Positionen als die Partei auf Bundesebene.

Fazit: Berliner Parteien positionieren sich neu, die AfD radikalisiert sich und entfernt sich von übrigen Parteien

Die demokratischen Parteien in Berlin haben ihre inhaltliche Ausrichtung in den letzten 20 Jahren stark verändert. Im Durchschnitt der fünf etablierten Parteien hat sich die Positionierung in allen sechs Themenbereichen in eine progressivere Richtung entwickelt. Vor allem SPD, Grünen und Linken treiben diese Entwicklung voran, während die CDU deutlich stabiler geblieben ist und die FDP in mehreren Bereichen gegenläufig agiert. Themen wie eine offene Gesellschaft, Vielfalt, Toleranz, ein starker Sozialstaat, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie ein gestärktes Europa und mehr internationale Verantwortung haben damit im politischen Zentrum Berlins an Gewicht gewonnen.

Besonders stark hat sich die SPD in ihrer Positionierung verändert. Zugleich unterscheiden sich die Berliner Parteien teilweise deutlich von ihren Bundesparteien. In mehreren Bereichen sind sie progressiver, in anderen jedoch nicht. Dies ist zunächst eine Beschreibung, ohne Ursachen zu benennen. Veränderungen in Parteipositionen können sowohl programmatische Entwicklungen als auch veränderte Wünsche und Präferenzen von Wähler*innen widerspiegeln. SPD und CDU haben in den letzten 20 Jahren in Berlin an Bedeutung und Stimmenanteil verloren, während Linke und AfD zuletzt deutlich stärker geworden sind und die Grünen langfristig vergleichsweise stabil blieben. Die aktuelle Umfragelage zeigt eine ungewöhnlich fragmentierte Parteienlandschaft, in der mehrere Parteien relativ nahe beieinander liegen.

Das erschwert die Regierungsbildung. Es ist möglich, dass nach der kommenden Wahl nur ein Bündnis aus mindestens drei Parteien eine Mehrheit erreichen kann. Eine wichtige Einschränkung dieser Analyse ist, dass keinerlei Kausalität zwischen der Positionierung der Parteien und ihrem Stimmenanteil, also ihrem Erfolg an der Wahlurne, etabliert werden kann. Mit anderen Worten: Diese Analyse kann nichts darüber aussagen, ob die starke inhaltliche Veränderung von SPD oder FDP Ursache oder Folge ihrer Stimmenverluste über die Zeit ist. Es ist durchaus möglich, dass beide Parteien noch mehr Stimmen verloren hätten, wenn sie ihre Positionierung nicht angepasst hätten.

Am markantesten in der Analyse ist jedoch die Positionierung der AfD. Sie vertritt immer extremere Positionen und rückt immer weiter vom demokratischen Parteienspektrum ab. Das mag Strategie oder

Überzeugung sein. Fakt ist jedoch, dass die AfD zumindest in den jüngsten Umfragen für die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 deutlich zugelegt hat und zu den drei stärksten Parteien zählt.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | president@diw.de

Impressum

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

Tel. +49 (30) 897 89-0
<http://www.diw.de>
Redaktion: Pressestelle des DIW Berlin
Pressekontakt: Sandra Tubik
Tel.: +49 (30) 89789-400
Mail: presse@diw.de

2026

ISSN: 2567-3971

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0
nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>